

# Kammergericht



Jahresbericht 2009

## Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort .....	3
II. Rechtsprechung .....	4
1. Zuständigkeiten .....	4
2. Entscheidungen 2009 .....	4
III. Verwaltung .....	13
1. Zuständigkeiten .....	13
2. Projekte 2009 .....	13
a. FGG-Reformgesetz aus Sicht der Verwaltung .....	13
b. Neue Struktur der Amtsgerichte .....	15
c. Tagung der Oberlandesgerichtspräsidentinnen und -präsidenten .....	16
d. Signet „Berlin barrierefrei“ verliehen .....	17
IV. Kammergerichtsleben .....	18
1. Vielfalt .....	18
2. Neues Buch: „Geschichte des Kammergerichts von 1913 bis 1945“ .....	18
3. ETA-Hoffmann-Kammerorchester .....	19
4. Besuch der schwedischen Botschafterin .....	19
5. Stolpersteine .....	20
6. Besuch polnischer Richterinnen und Richter .....	21
7. Staffellauf .....	21
8. Richterporträts wieder da .....	21
9. Forum Recht und Kultur .....	22
10. Adventssingen .....	22
V. Gerichtsprofil in Zahlen .....	23
1. Personal des Kammergerichts .....	23
a. Richterinnen und Richter .....	23
b. Nichtrichterliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	23
2. Verfahren .....	24
a. Zivilrechtliche Berufungsverfahren .....	24
b. Zivilrechtliche Beschwerdeverfahren .....	24
c. Familienrechtliche Berufungsverfahren .....	24
d. Familienrechtliche Beschwerdeverfahren .....	24
e. Strafrechtliche Revisionsverfahren .....	24
f. Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde .....	24
g. Veröffentlichte Entscheidungen .....	25
3. Neu eingestellte Proberichterinnen und Proberichter .....	25
4. Haushalt .....	25
V. Impressum .....	29

## I. Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

auf den Deckeln unserer Gerichtsakten findet sich zwischen dem Zählkartenvermerk und demjenigen für das Justizprüfungsamt die Rubrik „Zeitgeschichtlich wertvoll?“. Eine große Frage, unauffällig platziert.

Ihre Beantwortung fällt nicht leicht. Was macht den zeitgeschichtlichen Wert eines Zivil- oder Strafprozesses aus? Das juristische Neuland, das erstmals betreten wurde? Die gesellschaftliche oder politische Relevanz des vom Gericht verhandelten Themas? Die Prominenz der Beteiligten? Oder gehört ins Archiv exemplarisch gerade auch der ganz normale Gerichtsalltag: Der typische Mietprozess, der „Standard“-Verkehrsunfall, die vielbändige Bausache?



Ähnliche Fragen stellen sich beim Rückblick auf das Kammergerichtsjahr 2009. Was war wichtig, besonders, von Bedeutung über den Tag hinaus? Oder in seiner Alltäglichkeit typisch? Der vorliegende Bericht gibt Antworten mit einem Mosaik von Ereignissen aus Rechtsprechung, Verwaltung sowie aus dem Kammergerichtsleben jenseits von Schreibtisch und Aktenbock. Zudem liefert er ein Gerichtsprofil anhand von Zahlen zu Personal, Fällen und Haushalt. Er zeigt damit die Vielfalt dessen auf, was das Kammergericht besonders und unverwechselbar macht.

Mögen Sie bei der Lektüre ein gutes Bild von unserem Gericht gewinnen!

Monika Nöhre  
Präsidentin des Kammergerichts

## II. Rechtsprechung

### 1. Zuständigkeiten

Für etliche Verfahrensbeteiligte bedeutet der Prozess vor dem Kammergericht die zweite oder dritte Chance in ihrer Gerichtssache. In vielfältiger Weise führt der Rechtsweg von den Berliner Amtsgerichten und dem Landgericht in das Gericht am Kleistpark. Hier gibt es Zivil- und Strafsenate, die in höherer Instanz die Entscheidungen anderer Gerichte überprüfen. Zuweilen ist das Kammergericht auch in erster Instanz zuständig: In Zivilsachen in Musterverfahren zum Kapitalanlegerschutz, in Strafsachen etwa in Spionage- oder Terrorismusprozessen, also in Staatsschutzverfahren.

Das breite Spektrum juristischer Themen, die im Kammergericht verhandelt und entschieden werden, ist im Geschäftsverteilungsplan sichtbar. Er regelt die Entscheidungszuständigkeit der Senate etwa für Fälle aus dem Miet-, Verkehrs-, Bau- oder Familienrecht, aber auch für Kartell- und Vergabesachen, Marken- und Patentrecht, Presserecht, Binnenschifffahrtsrecht und viele andere Rechtsgebiete.

### 2. Entscheidungen 2009<sup>1</sup>

§ 6. März 2009: Literatur für die Welt kostet Geld (5. Zivilsenat; Az.: 5 U 113/05)

Dem 5. Zivilsenat hatte darüber zu befinden, nach welchen Grundsätzen die angemessene Vergütung der Übersetzer von Literaturwerken nach § 32 UrhG zu bestimmen ist. Sowohl dem Senat als auch verschiedenen Senaten des OLG München lagen diverse Rechtsstreitigkeiten zu dieser Frage vor.

Wie das OLG München (Urteil vom 14. Dezember 2006 - 29 U 1728/06 -) hielt auch der Senat die bisherige Vergütungspraxis für ungeeignet, eine angemessene Vergütung der Übersetzer i.S. des § 32 UrhG zu gewährleisten. Im konkreten Fall war der Übersetzer durch das vereinbarte pauschale Seitenhonorar nicht angemessen an der voraussichtlichen Nutzung seiner



*Im Magazin der Gerichtsbibliothek*

---

<sup>1</sup> Nicht alle der genannten Entscheidungen sind rechtskräftig.

Leistung beteiligt worden. Der Senat sah eine Absatzvergütung in Höhe von 2 % des Nettoladenpreises sowie eine Beteiligung des Übersetzers an den Nebenerlösen des Verlages in Höhe von 10 % als angemessen an, wobei das vereinbarte pauschale Seitenhonorar auf die Absatzvergütung und die Beteiligung an den Nebenerlösen anzurechnen war.

Der BGH hat wenig später in einer Grundsatzentscheidung, die einen anderen Fall betraf (Urteil vom 7. Oktober 2009 - I ZR 38/07 - Talking to Addison), die Auffassung des Senats im Wesentlichen bestätigt. Allerdings hat der BGH die Höhe der angemessenen Absatzvergütung und der Beteiligung an den Nebenrechten abweichend von der Entscheidung des Senats bemessen.

§ 9. April 2009: Wer nur vertragsgemäß die Eisenbahnschienen wartet, haftet nicht dafür, wenn Passagiere deswegen warten müssen (19. Zivilsenat, Az.: 19 U 21/08)

Klägerin war ein Schienenpersonenverkehrsunternehmen. Bei der Beklagten handelt es sich um ein nach den Vorschriften des Allgemeinen Eisenbahngesetzes zugelassenes öffentliches privates Eisenbahninfrastrukturunternehmen. Die Klägerin hat auf der Grundlage eines mit der Beklagten geschlossenen Infrastrukturvertrages für den Fahrplan 2006 Infrastrukturleistungen entgegengenommen. Infolge von Bauarbeiten ist es auf den gebuchten Streckentrassen zu nicht unerheblichen Fahrplanabweichungen der von der Klägerin eingesetzten Züge gekommen. Die Klägerin hat die teilweise Rückzahlung der gezahlten Entgelte verlangt, weil die Beklagte ihrer vertraglichen Pflicht nicht nachgekommen sei, die pünktliche Durchführung der „Verkehre“ zu gewährleisten.

Der Senat hat das die Klage abweisende Urteil des Landgerichts aus den nachstehend zusammengefassten tragenden Gründen überwiegend bestätigt.

1. Der zwischen einem Eisenbahninfrastrukturunternehmen (Infrastrukturunternehmen) und einem privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen geschlossene Infrastrukturvertrag ist nicht als Werkvertrag, sondern als Mietvertrag zu qualifizieren.

2. Die Gewährung des räumlichen Nutzungsrechtes der Schienentrasse gibt dem Infrastrukturvertrag sein Gepräge. Die daneben vom Infrastrukturunternehmen geschuldete Planungs- und Koordinationsleistungen (Bedienen von Weichen, Signalen, etc.) haben lediglich dienende Funktion.

3. Die sich aus dem Infrastrukturvertrag ergebende Leistungspflicht des Infrastrukturunternehmens ist nicht im Sinne einer „Pünktlichkeitsgarantie“ erfolgsbezogen. Das Inf-

rastrukturunternehmen ist lediglich zu einer diskriminierungsfreien Eröffnung der von ihr vorgehaltenen Eisenbahninfrastruktur verpflichtet. Ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot liegt nur dann vor, wenn das Eisenbahnverkehrsunternehmen bei der Erbringung der für die Steuerung- und Zugsicherung erforderlichen Dienste gegenüber anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen, insbesondere bei der Abwicklung von Betriebsstörungen benachteiligt. Eine Diskriminierung in diesem Sinne war aus tatsächlichen Gründen nicht festzustellen.

§ 30. April 2009: Ryan-Air stürzt vor Gericht ab - keine gesonderte Gebührenforderung für die Verwendung von Kreditkarten und Zahlungskarten (23. Zivilsenat, Az.: 23 U 243/08)

Auf Betreiben eines eingetragenen Verbraucherverbandes waren u.a. Regelungen aus den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des beklagten Luftfahrtunternehmens Gegenstand gerichtlicher Überprüfung. Die zur Entscheidung des Gerichts gestellten Klauseln betrafen die Verpflichtung des Kunden zur gesonderten Zahlung von Kreditkarten- und Zahlungskartengebühren bei Entrichtung des Flugpreises sowie den Ausschluss der Barzahlung hierbei. Ferner ging es um den Ausschluss der Barzahlung bei diversen Geschäften mit dem Luftbeförderungsunternehmen.



Der 23. Zivilsenat hat die Klauseln zur Gebührenverpflichtungen bei Karteneinsatz beanstandet. Hierdurch würden die Kosten des Unternehmens für die Wahrnehmung seiner eigenen gesetzlichen Verpflichtung, die Gegenleistung anzunehmen, einseitig auf den Kunden abgewälzt. Keine unangemessene Benachteiligung liege dagegen im Ausschluss der Barzahlung bei

den Geschäften, die nahezu ausschließlich im Fernabsatz geschlossen würden.

Über diese Entscheidung ist in über 60 Tageszeitungen berichtet worden.

§ 28. Mai 2009: Kleider machen Leute, und Kleider mit „politischer Botschaft“ machen Gewerbemietverträge anfechtbar (8. Zivilsenat, Az.: 8 U 223/08)

Mit Urteil vom 28. Mai 2009 hat der 8. Zivilsenat die Anfechtung eines Mietvertrages für wirksam erklärt, weil der Mieter bei Vertragsschluss verschwiegen hatte, in dem gemieteten Ladengeschäft das komplette Warensortiment der Marke „Thor-Steinar“ vertreiben zu wollen. Diese Marke wird nach den Feststellungen sowohl des Senats als auch des erstin-

stanzlichen Landgerichts mit rechtsradikaler Gesinnung in Verbindung gebracht. Zutreffend habe das Landgericht eine Aufklärungspflicht des Mieters aus der Gefahr für den Vermieter abgeleitet, selbst dem Verdacht der Nähe zu rechtsradikalen Gesinnungen ausgesetzt zu werden.

§ 25. Juni 2009: Abschluss nach Ausschluss der Anschlussförderung (11. Zivilsenat, Az.: 11 U 1/09)

Erfolglos war der Versuch eines Investors, das Land Berlin wegen der Einstellung der sogenannten Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau im Februar 2003 in die Haftung zu nehmen. Er hat vorgetragen, er habe im Jahre 1995 nur deshalb eine Einlage an einer Fondsgesellschaft erworben, weil er auf Angaben im Fondsprospekt und entsprechende Verlautbarungen des Senats von Berlin zur Fortführung der Anschlussförderung vertraut habe.

Bereits das Landgericht hat seine Klage abgewiesen. Der 11. Zivilsenat hat diese Entscheidung – nach entsprechendem rechtlichen Hinweis – durch Beschluss nach § 522 ZPO bestätigt. Es komme allenfalls eine Haftung des Landes im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Haftungssystems in Frage, nicht jedoch eine zivilrechtliche Haftung. Das Handeln des beklagten Landes, aus dem der Kläger seinen Anspruch ableite, sei ausschließlich dem Bereich des öffentlichen Rechts zuzuordnen. Eine gesteigerte Rechts- und Pflichtenstellung im Sinne einer schuldrechtsähnlichen Beziehung habe nicht bestanden. Die Mitarbeiter und Vertreter der Beklagten hätten keine Amtspflichtverletzung begangen. Schließlich lägen die Voraussetzungen einer sogenannten Prospekthaftung nicht vor.

§ 30. Juni 2009: Junge darf „Djehad“ heißen - Kindeswohl durch diesen Namen nicht gefährdet (1. Zivilsenat, Az.: 1 W 93/07)

Mit der Wahl des Vornamens „Djehad“ für ihren Sohn gefährden Eltern nicht das Wohl ihres Kindes. Das hat der 1. Zivilsenat in Übereinstimmung mit den Vorinstanzen entschieden.

Der Standesbeamte hatte die beantragte Beurkundung dieses Namens im Geburtenbuch mit der Begründung abgelehnt, das Kindeswohl sei bei Wahl dieses Vornamens erheblich gefährdet: Er bedeute „Heiliger Krieg“ und habe in Deutschland seit dem 11. September 2001 eine stark negative Bedeutung erlangt.

Dem ist das Kammergericht nicht gefolgt und hat - wie zuvor das Amtsgericht und das Landgericht - die Namenswahl als unbedenklich angesehen. Bei dem Wort „Djehad“ handle es sich um eine im Arabischen auch als männlicher Vorname gebräuchliche Bezeich-

nung für die Verpflichtung des Muslim zu einem geistigen und gesellschaftlichen Einsatz für die Verbreitung des Glaubens. Keineswegs sei der Gebrauch des Wortes als Vorname verunglimpfend oder anstößig. Daran ändere nichts, dass radikale Islamisten in jüngster Zeit den Begriff im Sinne eines bewaffneten Kampfes gegen Ungläubige auch mit den Mitteln des Terrors verwendeten. Eine Einschränkung des Rechts der Eltern zur Namenswahl könne das nicht rechtfertigen.

Auf mögliche Motive der Eltern bei der Namenswahl komme es bei der Prüfung des Kindeswohls nicht an, sondern nur auf den konkret gewählten Namen.

§ 13. August 2009: Am „Runden Tisch Heimerziehung“ juristisch angeeckt - Betroffenenvereinigung mit dem Versuch gescheitert, bestimmte Delegierte mit gerichtlicher Hilfe in den Gesprächskreis zu platzieren (23. Zivilsenat, Az. 23 W 46/09)

Der Verein ehemaliger Heimkinder e.V. ist am 9. Juni 2009 mit seinem Begehren gescheitert, mit gerichtlicher Hilfe im Wege einer einstweiligen Verfügung die Teilnahme dreier von ihm benannter Delegierter sowie eines Rechtsanwalts am Runden Tisch Heimerziehung durchzusetzen. Der 23. Zivilsenat wies die sofortige Beschwerde des Vereins gegen eine gleichfalls abweisende Entscheidung des Landgerichts Berlin vom 9. Juni 2009 zurück.

Der klagende Verein hatte argumentiert, bei dem auf Empfehlung des Petitionsausschusses vom Deutschen Bundestag unter dem Vorsitz der ehemaligen Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer eingerichteten „Runden Tisch Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ handele es sich um eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Daraus hatte er für sich Rechte als Gesellschafter abgeleitet. Der beklagte „Runde Tisch“ hatte dem entgegengehalten, das vom Petitionsausschuss angeregte Konzept sei bewusst informal gehalten worden. Eine Verrechtlichung des Gesprächskreises sei gerade nicht beabsichtigt gewesen.

§ 20. August 2009: Schmerzensgeldanspruch überdauert Pleite - Entschädigungsanspruch wegen überlanger Prozessdauer steht dem inzwischen insolventen Geschädigten höchstpersönlich zu, nicht seiner Insolvenzmasse (22. Zivilsenat, Az.: 22 U 81/08)

Ein Bauunternehmer und Projektentwickler erhob 1974 eine Amtshaftungsklage mit der Begründung, die Behörde habe die Erteilung der Baugenehmigung für eines seiner Projekte von unzulässigen Bedingungen abhängig gemacht .



Im Jahre 2001 schließlich wies das Oberlandesgericht die Klage ab; der Unternehmer befasste bis Ende 2003 noch erfolglos den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht mit seinem Anliegen; der Streitwert betrug zuletzt etwa 109 Millionen EUR. Anfang 2004 wurde das Insolvenzverfahren über sein Vermögen eröffnet.

Der von ihm angerufene Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat dem Kläger zum Ausgleich seines immateriellen Schadens 45.000,00 EUR Schmerzensgeld mit der Begründung zuerkannt, „dass allein die Gesamtverfahrensdauer von fast 29 Jahren erkennen lässt, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Zivilgerichte die Rechtssache mit der gebotenen Sorgfalt behandelt haben.“



*Richterversammlung in Saal 449*

Mit der vorliegenden Klage forderte der Insolvenzverwalter die Auszahlung der von dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zuerkannten Entschädigung an die Insolvenzmasse.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Die dagegen gerichtete Berufung hat der 22.

Zivilsenat mit der Begründung zurückgewiesen, die Entschädigung sei ähnlich einem Schadensersatzanspruch wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts nicht abtretbar und deshalb auch nicht zu der Insolvenzmasse zu erfüllen. Vielmehr stehe er dem Betroffenen selbst zu.

§ 16. Oktober 2009: Mitglieder der „militanten gruppe (mg)“ wegen Brandanschlägen zu Freiheitsstrafen verurteilt (1. Strafsenat, Az.: (1) 2 StE 2/08-2 (21/09))

Der 1. Strafsenat des Kammergerichts sprach am 16. Oktober 2009 die Angeklagten Florian L., Oliver R. und Axel H. der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung in Tateinheit mit versuchter Brandstiftung und versuchter Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel schuldig. Gegen die Angeklagten H. und R. verhängte er jeweils Freiheitsstrafen von drei Jahren und sechs Monaten, den Angeklagten L. verurteilte er zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren. Nach den Feststellungen, die der Senat aufgrund der etwa ein Jahr dauernden Hauptverhandlung getroffen hat, waren der Angeklagte H. spätestens seit 2005 und die Angeklagten R. und L. spätestens seit 2006 Mitglieder der kriminellen Vereinigung

„militante gruppe (mg)“. Hierbei handelte es sich um eine militante linksextreme Organisation, die im Wege einer „Dialektik aus einem sozialrevolutionären und antiimperialistischen Kampf“ die gegenwärtigen politischen, verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland beseitigen und eine kommunistische Weltgesellschaft schaffen wollte. Zur Erreichung dieses Ziels beging die „militante gruppe (mg)“ in der Zeit von Juni 2001 bis Mai 2007 überwiegend im Großraum Berlin 25 Brandanschläge, die sich vornehmlich gegen Gebäude und Kraftfahrzeuge staatlicher Einrichtungen, wie Polizeibehörden, Ordnungsämter, Gerichte oder die Bundeswehr, aber auch Privatunternehmen und Privatpersonen richteten. In einem Fall wurde dabei konkret auch ein Menschenleben gefährdet. Die Angeklagten legten in der Nacht zum 31. Juli 2007 auf dem Gelände der Firma MAN in Brandenburg an der Havel mehrere Brandsätze unter drei LKW der Bundeswehr ab, entzündeten sie und liefen davon. Der Anschlag misslang, weil Polizeibeamte, die die Angeklagten in der Tatnacht observierten, rechtzeitig die Zünder der Brandsätze entfernen und damit die Zerstörung der Fahrzeuge verhindern konnten. Die Angeklagten wurden auf der Rückfahrt nach Berlin festgenommen. Die „militante gruppe (mg)“, die sich nach der Festnahme der Angeklagten nicht mehr zu Wort gemeldet hatte, hat sich im Juli 2009, kurz vor dem Ende der Hauptverhandlung, aufgelöst und angekündigt, den „Kampf“ in einer anderen Form weiterzuführen. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, die Angeklagten haben dagegen Revision eingelegt.

§ 23. November 2009: Kaiserlicher Familienzweist - Räumungsklage der Testamentsvollstrecker von Kronprinz Wilhelm von Preußen gegen die Ehefrau des Kaiser-Urenkels erfolglos (8. Zivilsenat, Az.: 8 U 144/09)

Der 8. Zivilsenat hat abweichend von der Vorinstanz eine Räumungsklage der Testamentsvollstrecker über den Nachlass des ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Preußen abgewiesen. Die Ernennungen familienfremder Testamentsvollstrecker bzw. die entsprechenden Vorgaben des Testaments gemäß § 2289 Abs. 1 Satz 2 BGB seien unwirksam. Der Erbe, der nach dem vorangegangenen Erbvertrag selbst als einer der Testamentsvollstrecker vorgesehen gewesen sei, werde hierdurch messbar beeinträchtigt. Es bestehe die Gefahr, dass die Testamentsvollstreckung durch fremde Personen eine Eigendynamik entwickle und sich nicht mehr an den Interessen des Hauses gemäß dem Verständnis des jeweiligen Erben orientiere.

§ November 2009: Schreck, lass nach - Nachlass im Wege der Mediation vollständig auseinandergesetzt

Gegenstand des Berufungsverfahrens mit dünner Akte war lediglich ein Streit der Erben darüber, wer den PKW des Erblassers erhält. Im Laufe des Mediationsverfahrens stellte

sich heraus, dass der gesamte Nachlass trotz vorangegangener Bemühungen noch nicht auseinander gesetzt war und die Miterben nicht nur vor allem wegen eines Grundstücks, sondern auch wegen einer ganzen Reihe von einzelnen Nachlassgegenständen miteinander stritten. Im Mediationsverfahren gelang es den Parteien, den Nachlass vollständig und abschließend auseinander zu setzen. Bis zur endgültigen Abfassung des Vergleichs waren noch verschiedene Hürden zu überwinden; hier war es sehr nützlich, dass die Anwältin einer der Parteien auf diesem Gebiet sehr versiert war und – eine besondere Chance der Mediation – an einer Lösung konstruktiv mitgewirkt hat.

§ 27. November 2009: Schauspielerin sucht keinen Mann – auch nicht im Google-Cache-Speicher (9. Zivilsenat; 9 U 27/09)

Eine Boulevardzeitung hatte auf ihrer Internetseite einen inhaltlich unzutreffenden Artikel über eine Schauspielerin und Sängerin unter der Überschrift „Ich suche einen Mann“ veröffentlicht und auf Verlangen der Betroffenen eine Unterlassungserklärung mit Vertragsstrafenabrede abgegeben. Nachdem eine knappe Woche nach Abgabe dieser Erklärung zwar der Artikel auf der Website gelöscht war, die Suchfunktion auf dieser Seite jedoch immer noch entsprechende Überschriften in der Trefferliste auswies, verlangte die Schauspielerin zunächst vor dem Landgericht und dann vor dem Kammergericht erfolgreich die Vertragsstrafe in Höhe von 2.000,- EUR. Den Einwand der Zeitung, die verzögerte vollständige Löschung der Angaben in der Trefferliste berufe auf technischen Besonderheiten der von ihr verwendeten Suchmaschine Google, auf die sie keinen Einfluss habe, liess der 9. Zivilsenat nicht gelten. Er verwies auf den hohen



*Im Saal 356*

Verfassungsrang des hier verletzten Persönlichkeitsrechts: Weil derartige Rechtsverletzungen abstrakt vorhersehbar seien, müsse die Beklagte Vorsorge für eine effektive Löschung rechtswidriger Inhalte ihrer Website treffen. Das gelte auch unter Berücksichtigung der „überragenden Funktion von Suchmaschinen für das Informationsgrundrecht aus Art. 5 GG“. Notfalls müsse die beklagte Zeitung mit Google ein anderes Verfahren verabreden, einen anderen Suchdienst einbinden, ein eigenes Suchprogramm entwickeln oder ganz auf Suchmaschinen verzichten.

§ 10. Dezember 2009: Erleuchtung erst nach gerichtlicher Prüfung - Verfahren zur Vergabe des Managements der öffentlichen Beleuchtung in Berlin muss teilweise wiederholt werden (2. Zivilsenat; 2 VERG 5/09)

Das Verfahren des Landes Berlin zur Vergabe des Managements der öffentlichen Beleuchtung muss wegen Rechtsfehlern teilweise wiederholt werden. Dies hat der Vergabesenat des Kammergerichts entschieden. Das Gericht hat dem Land Berlin aufgegeben, das Angebot der Antragstellerin, die sich gegen ihren Ausschluss aus dem Vergabeverfahren gewandt hatte, sowie das Angebot einer weiteren Bieterin, die den Zuschlag erhalten sollte, unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung des Senats neu zu werten.

Keiner der drei vom Land Berlin angegebenen Gründe (fehlender Versicherungsnachweis, fehlende Bezeichnung von verantwortlichen Personen, Unvollständigkeit der Referenzprojekte) sei geeignet, einen Ausschluss der Antragstellerin zu rechtfertigen.

§ 23. Dezember 2009: Auslieferung des Terroristen Johannes W. an die Republik Frankreich unzulässig (4. Strafsenat; Az.: (4) Ausl.A. 334/06 (196/09))

Der 4. Strafsenat des Kammergerichts hat die Auslieferung des deutschen Terroristen Johannes W. an die Republik Frankreich aufgrund des Europäischen Haftbefehls vom 23. März 2006 als unzulässig angesehen. Johannes W., der in Berlin eine lebenslange Freiheitsstrafe unter anderem aufgrund seiner Beteiligung an dem Anschlag auf das „Maison de France“ verbüßt, wird vorgeworfen, im Auftrag des Terroristen Carlos am 29. März 1982 auf einen französischen Schnellzug ein Sprengstoffattentat verübt zu haben, bei dem fünf Menschen getötet und 27 Personen verletzt wurden. Das Auslieferungsersuchen sollte dem Zweck der strafrechtlichen Verfolgung dieser Beteiligung dienen.

Die Unzulässigkeit der Auslieferung hat der Senat damit begründet, in Frankreich drohe die Verhängung einer weiteren lebenslangen Freiheitsstrafe, deren Anschluss-Vollstreckung dem Verfolgten die realistische Aussicht nehme, die Justizvollzugsanstalt wieder verlassen zu können, um noch ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit führen zu können. Die in diesem Fall nur noch mögliche Verweisung auf den Gnadenweg genüge den sich aus Art. 16 Abs. 2 GG ergebenden Anforderungen nicht.

## II. Verwaltung

### 1. Zuständigkeiten

Zwei große Zuständigkeitsbereiche bestimmen die Tätigkeit der Verwaltung im Kammergericht. Zum einen geht es um die Verwaltungsaufgaben im Hause selbst, also um die organisatorischen Rahmenbedingungen rund um die Rechtsprechungstätigkeit des Gerichts. Zum anderen erledigt das Kammergericht als Oberbehörde Verwaltungsaufgaben für das Landgericht Berlin und die Berliner Amtsgerichte. Hierzu gehören etwa das Personalmanagement, der Haushalt, IT, Bau- und Gebäudeangelegenheiten, die Aus- und Fortbildung, Organisationsentwicklung, Notarangelegenheiten, die Bearbeitung von zivil- und strafrechtlichen Grundsatzfragen oder die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

### 2. Projekte 2009

#### a. FGG-Reformgesetz aus Sicht der Verwaltung

Am 1. September 2009 sind mit dem FGG-Reformgesetz das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) sowie das Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen (FamGKG) in Kraft getreten; gleichzeitig wurden das FGG, das 6. und 9. Buch der ZPO und die Hausratsverordnung aufgehoben. Diese umfassende und tiefgreifende Neuregelung des gesamten Rechts der freiwilligen Gerichtsbarkeit einerseits und des Familienverfahrens andererseits wirkte sich bereits im Vorfeld und wirkt sich auch nach Inkrafttreten des Gesetzes in weiten Bereichen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und damit im Geschäftsbereich des Kammergerichts aus. Das FGG-Reformgesetz gab Anlass zu zahlreichen strukturellen und Einzelmaßnahmen der Justiz- und Gerichtsverwaltung.

#### § Zuständigkeiten

Das FamFG hat das so genannte große Familiengericht geschaffen. Den Abteilungen für Familiensachen (Familiengerichten) wurden sämtliche Aufgaben der Abteilungen für Vormundschaftssachen (Vormundschaftsgerichte), die Minderjährige betreffen, zugeschlagen; die übrigen Aufgaben der bisherigen und nunmehr abgeschafften Vormundschaftsgerichte sind den Abteilungen für Betreuungssachen, Unterbringungssachen und betreuungsgerichtliche Zuweisungssachen (Betreuungsgerichten) übertragen worden. Den Familiengerichten obliegt jetzt außerdem die Entscheidung über sämtliche Gewaltschutzverfahren und über sonstige Familiensachen (etwa Auseinandersetzung von Miteigentum der Ehegatten, Ausgleich eine Ehegatteninnengesellschaft), für die zuvor (teilweise) das Landgericht bzw. die Prozessabteilungen der Amtsgerichte zuständig waren. Da im Ge-

schäftsbereich des Kammergerichts zwar bei allen Amtsgerichten Abteilungen für Vormundschaftssachen, dagegen nur bei zwei (seit dem 1. Januar 2010 bei drei) Amtsgerichten Abteilungen für Familiensachen eingerichtet waren, ergeben sich beachtliche Verschiebungen zwischen den Amtsgerichten.

## § AuLAK

Da in den Bereichen des Familienverfahrens - einschließlich des Kostenrechts - und der freiwilligen Gerichtsbarkeit kaum ein Stein auf dem anderen geblieben ist, musste das gesamte AuLAK-System an die Neuregelung angepasst werden. Mit dieser Aufgabe waren Rechtspfleger, Programmierer und ein im Berichtszeitraum zeitweise an das Kammergericht abgeordneter Familienrichter beschäftigt. Die Änderungen im AuLAK-System betreffen nicht nur die neu vorgeschriebenen Rechtsmittelbelehrungen und die vollständig neue Terminologie; insgesamt waren über 200 Vordrucke neu zu programmieren.

## § Arbeitshilfen/Vordrucke/Formulare/Bibliothek

Aus den gleichen Gründen waren zahlreiche papierförmige Arbeitshilfen, Vordrucke und Formulare zu ändern. Das FGG-Reformgesetz hat außerdem eine regelrechte Flut an neuer Literatur (insbesondere Kommentare und Handbücher zum FamFG) mit sich gebracht. Deren Anschaffung durch für die Bibliotheken des Kammergerichts, des Landgerichts und der Amtsgerichte sowie für die richterlichen Zimmerexemplare hat beachtliche Kosten verursacht. Das gilt auch für die Loseblattwerke – die Umsetzung der Reformen hat sich dort durch eine große Zahl von Nachtragslieferungen ausgewirkt.

## § Drittes Familiengericht

Im Zusammenhang mit dem FGG-Reformgesetz steht die Eröffnung eines vollständigen dritten Familiengerichts bei dem Amtsgericht Schöneberg zum 1. Januar 2010. Bei dem Amtsgericht Schöneberg waren dazu im Berichtszeitraum insbesondere erste räumliche und personelle Voraussetzungen zu schaffen; die erforderlichen Umbaumaßnahmen des Gebäudes in der Grunewaldstraße werden im laufenden Jahr fortgesetzt.

## § Belastung der Familiensenate

Abschließende Aussagen zu der Belastung der Familiensenate durch die mit dem FGG-Reformgesetz einhergehenden Veränderungen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht getroffen werden, weil nur für vier auf den Berichtszeitraum entfallende Monate entsprechende Zahlen vorliegen.

## b. Neue Struktur der Amtsgerichte

Das Kammergericht als obere Dienstbehörde koordiniert einen Umstrukturierungsprozess der Berliner Amtsgerichte, der tiefgreifende Veränderungen in der Gerichtslandschaft zur Folge haben wird.

Die Ausgangssituation war durch folgende Eckdaten gekennzeichnet: 12 Präsidialamtsgerichte, hiervon 1 Amtsgericht mit der Alleinzuständigkeit für Strafsachen (Tiergarten), 6 Amtsgerichte mit Grundbuchämtern (Hohenschönhausen, Köpenick, Lichtenberg, Schöneberg, Spandau und Tempelhof-Kreuzberg), 2 Familiengerichte (Tempelhof-Kreuzberg und Pankow-Weißensee), 1 Amtsgericht mit der Alleinzuständigkeit für Verkehrsziivilsachen (Mitte), 1 Registergericht (Charlottenburg) und 1 Mahngericht (Wedding).

Der im Kalenderjahr 2007 von der Senatsverwaltung für Justiz angestoßene Prozess zur teilweisen Reorganisation der Amtsgerichte hat das Ziel, Größe, Aufgaben und Arbeitsabläufe der einzelnen Amtsgerichte den veränderten gesetzlichen, gesellschaftlichen und demografischen Rahmenbedingungen anzupassen und den Bürgern und Bürgerinnen Berlins den besten zeit- und ortsnahen Service zu bieten.

Am Ende der Entwicklung wird es 3 Familiengerichte geben (das Amtsgericht Schöneberg übernimmt ab 1. Januar 2010 die Zuständigkeit für seinen Gerichtssprengel auf diesem Gebiet). Die Grundbuchstandorte werden erweitert. Charlottenburg wird die Grundbücher für seinen Bezirk übernehmen. Auch die Gerichte in Neukölln und Mitte werden Grundbuchämter einrichten.

Der Standort Hohenschönhausen wird voraussichtlich 2012 gänzlich geschlossen. Bereits zum 1. Januar 2009 sind die Aufgaben des Amtsgerichts Hohenschönhausen auf das Amtsgericht Lichtenberg übergegangen, in dem Gerichtsgebäude in Hohenschönhausen ist eine Zweigstelle des Stammhauses eingerichtet worden. Die Anzahl der Berliner Amtsgerichte hat sich damit von 12 auf 11 verändert.

Die umfangreichen Planungen, Baumaßnahmen und Umzüge sind bereits in vollem Gange. Am Ende des Prozesses – voraussichtlich Mitte 2012 - werden die Zivilabteilungen des Amtsgerichts Tiergarten, die derzeit in der Lehrter Straße ihr Domizil haben, vom Amtsgericht Mitte übernommen werden. Das Amtsgericht Tiergarten wird ab diesem Zeitpunkt eine ausschließliche Zuständigkeit für Strafsachen erhalten.



### c. Tagung der Oberlandesgerichtspräsidentinnen und -präsidenten

Vom 18. bis 20. Mai 2009 tagten die 24 Präsidenten und Präsidentinnen der Oberlandesgerichte und der Präsident des Bundesgerichtshofs im Gebäude des Kammergerichts in der Elßholzstraße. Diese Veranstaltung findet jährlich statt, der Tagungsort wechselt reihum zwischen den Standorten der Oberlandesgerichte.

Berlin war zum dritten Mal Gastgeber. Die erste Berliner Tagung fand in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts statt, die zweite folgte 1985, und nun konnte sich im Jahre 19 nach der deutschen Wiedervereinigung endlich der Stammsitz des Kammergerichts, das Gebäude in der Elßholzstraße, als Tagungsort präsentieren. (Nur zur Erinnerung: Bis zur Wiedervereinigung am 3.



*Die Tagungsteilnehmer vor dem Hauptportal an der Kleistparkseite*

Oktober 1990 residierte das Kammergericht in der Witzlebenstraße in Berlin Charlottenburg. Das Kammergerichtsgebäude in der Elßholzstraße war Sitz der Alliierten Luftsicherheitszentrale.)

Die Tagesordnung der Konferenz umfasste 18 Haupt- und mehrere Nebensätze. Schwerpunktthemen waren die derzeit diskutierten Modelle einer Selbstverwaltung der Justiz, Fragen der Bewältigung komplexer Strafverfahren bei den Landgerichten und der Bereich Aus- und Fort-

bildung in der Justiz.

Das Rahmenprogramm umfasste einen Besuch des gemeinsamen Oberverwaltungsgerichts der Länder Berlin und Brandenburg in der Hardenbergstraße, ein festliches Abendessen im Roten Rathaus auf Einladung der Senatorin für Justiz Gisela von der Aue und eine Besichtigung des Abgeordnetenhauses von Berlin mit Abendessen auf Einladung des Präsidenten Walter Momper.

Die Tagung endete mit einer Gedenkveranstaltung in der Elßholzstraße aus Anlass der Verlegung von vier Stolpersteinen für jüdische Richter des Kammergerichts, die dieses Gericht in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts verlassen mussten und später ermordet wurden.



#### d. Signet „Berlin barrierefrei“ verliehen

Das Gebäude des Kammergerichts am Kleistpark ist für Behinderte gut zugänglich und deswegen vom Beirat für Menschen mit Behinderungen des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg mit dem Signet „Berlin barrierefrei“ ausgezeichnet worden.

In einer Feierstunde am 21. September 2009 im Kammergericht nahm die Präsidentin Monika Nöhre in Anwesenheit von Mitgliedern des Beirates für Behinderung sowie der Bezirksbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Franziska Schneider, die Auszeichnung aus der Hand der Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales, Sibyll Klotz, entgegen.

Der scheidende Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Martin Marquard, wies darauf hin, dass bereits weit über 700 Gebäude mit dem Signet ausgezeichnet worden seien. Es sei für ihn ein erfreuliches Signal, dass mit dem Kammergericht – einem historisch besonderen Ort – erstmals ein Gerichtsgebäude in Berlin das Signet erhalten habe. Er hoffe, dass bald weitere Gerichtsgebäude folgten.



*Nach der Verleihung des Signets im Plenarsaal*

Das Signet „Berlin barrierefrei“ ist erstmals am 1. September 2004 vergeben worden. Grundkriterien für die Vergabe sind ein stufenloser Zugang zum Gebäude (ggf. mit Rampe oder Lift), ausreichend breite Türen, ausreichend große Bewegungsflächen, die Markierung von gefährlichen Glastüren und Stufen sowie Orientierungsmöglichkeiten für seh- und hörbehinderte Menschen sowie nach Bedarf personelle Unterstützung für alle Menschen mit Behinderung. In Behördengebäuden müssen zusätzlich Aufzüge mit ausreichender Bewegungsfläche und nach Möglichkeit mit Sprachausgabe vorhanden sein, ferner stufenlos erreichbare Toiletten mit ausreichend großer Bewegungsfläche.

### III. Kammergerichtsleben

#### 1. Vielfalt

Mit der Summe aus Rechtsprechung und Verwaltung wäre das Kammergerichtsleben nur unzureichend beschrieben. Die über 500jährige Geschichte des Gerichts, die Berührungen, Verschränkungen und Verstrickungen der Gerichtshistorie mit der deutschen und internationalen Geschichte, besondere einstmals im Gericht tätige Persönlichkeiten oder das imposante Gerichtsgebäude am Kleistpark werden vielfältig in Veranstaltungen, Vorträgen oder in der Literatur reflektiert. Nicht nur die Fachöffentlichkeit sucht den Weg zu Veranstaltungen in den Plenarsaal. Menschen aus der Nachbarschaft nutzen die Gelegenheit, am Tag des offenen Denkmals oder bei einer der regelmäßigen Führungen nachzuschauen, was sich hinter der neobarocken Fassade verbirgt. Ausländische Juristen suchen das Fachgespräch mit hiesigen Kollegen. Die spektakuläre Treppe in der Rotunde und so mancher Gerichtssaal sind längst zu Filmstars avanciert. Und dann sind da noch die Veranstaltungen von den und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Staffellauf, die Adventsfeier mit Kinderchor...

#### 2. Neues Buch: „Geschichte des Kammergerichts von 1913 bis 1945“



*RiKG a.D. Weichbrodt, PräskG Nöhre, Frau Weichbrodt, Verleger Dr. Schwarz (v.r.n.l)*

Eine eindrucksvolle „Zugabe“ zu seinem richterlichen Lebenswerk hat der Richter am Kammergericht a.D. Stephan Weichbrodt vorgelegt. Er hat nach seiner Pensionierung in aufwändiger Quellenarbeit mit viel Akribie die Geschichte des Kammergerichts in der Zeit von 1913 (also der Fertigstellung des jetzigen Gerichtsgebäudes) bis 1945 untersucht und die Ergebnisse seiner Forschung in einem Buch zusammengefasst.

Weichbrodt nähert sich dabei seinem Forschungsgegenstand mit einem ganzheitlichen Ansatz. Er stellt die Namens- und Baugeschichte ebenso dar wie Ausbildung und Karriere der damaligen Richter. Mit vielfältigen Belegen dokumentiert er eine große Zahl von Einzelereignissen aus dem „Innenleben“ des Gerichts und setzt dabei eine Zäsur am 30. Januar 1933. Die Tagungen der Chefpräsidenten sowie deren Berichte an die übergeordneten Behörden sind ebenso dargestellt wie die Entscheidungen des Kam-

mergerichts aus jener Zeit. Biografische Skizzen der Präsidenten, Vizepräsidenten sowie einzelner weiterer Richter schließen sich an.

Die Präsentation des im Berliner Wissenschaftsverlag erschienenen Buches fand am 18. September 2009 auf Einladung der Kammergerichtspräsidentin im Plenarsaal statt. Nach einem Grußwort des Staatssekretärs Hasso Lieber referierte der Hauptredner Prof. Dr. Peter-Alexis Albrecht aus Frankfurt/Main über „Die Autonomie der Justiz, dargestellt an der Entwicklung der Rechtsprechung in Deutschland“.

### 3. ETA-Hoffmann-Kammerorchester

Werke von Johann Sebastian Bach, Wolfgang Amadeus Mozart, Carl Nielsen, Heitor Villa-Lobos, Jacques Offenbach und - selbstverständlich – dem Kammergerichtsrat E.T.A. Hoffmann brachte das nach Letzterem benannte Kammerorchester am 18. Juni 2009 im ausverkauften Plenarsaal zu Gehör. Unter der Leitung von Dinah Backhaus und Matthias Wildenhof musizierten die Solisten Carolina Dawabe-Valle (Sopran), Lisinka Diestel (Mezzosopran) und Tatjana Schütz (Harfe). Moderator war Dr. Karl-Dietrich Gräwe. Veranstalter war das Forum Recht und Kultur im Kammergericht e.V.



### 4. Besuch der schwedischen Botschafterin



*Botschafterin Jacoby mit Ehemann Björn Meidal vor dem Heinroth-Porträt von Max Liebermann*

Familiengeschichtliche Motive waren es, die die Botschafterin des Königreichs Schweden, Ruth Jacoby, veranlasst haben, zusammen mit ihrem Ehemann Björn Meidal am 14. Oktober 2009 das Kammergericht zu besuchen. Ihr Vater, der als jüdischer Anwalt der Eisenbahngewerkschaft nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 Deutschland in Richtung Dänemark verlassen musste, hatte in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hier sein zweites juristisches Staatsexamen abgelegt.

Diese Prüfungen fanden damals in dem Verhandlungssaal statt, der heute für Strafprozesse genutzt wird. Sichtlich bewegt besichtigte die Botschafterin diesen Saal und informierte sich darüber hinaus über Geschichte und heutige Funktion des Gerichts.

## 5. Stolpersteine

Die Tagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte fand ihren Abschluss am 20. Mai 2009 mit einer Gedenkfeier aus Anlass der Verlegung von vier „Stolpersteinen“ in der Eißholzstraße vor dem Treppeneingang des Gerichtsgebäudes. An der Veranstaltung nahmen neben den Tagungsteilnehmern auch viele Gerichtsangehörige teil. Die goldglänzenden, in den Boden eingelassenen Stolpersteine erinnern an vier Richter jüdischen Glaubens, die ihre Ämter unter nationalsozialistischem Druck verloren haben und später umgebracht worden sind.

Max Fabisch, zuletzt Mitglied des 22. Zivilsenats, starb im Konzentrationslager Theresienstadt. Berthold Lehmann, Kammergerichtsrat, wurde ebenso wie Dr. Otto Rosanes, Mitglied des 17. Zivilsenates, nach Auschwitz deportiert und kehrte von dort nicht zurück. Dr. Max Spittel, Senatspräsident, wurde nach Riga verschleppt und kam dort unter nicht näher bekannten Umständen ums Leben.

Die Vorsitzende des Richterrates, VRI'inKG Dagmar Junck, schloss ihre Ansprache mit den Worten: „Wir vermögen nicht, Dinge ungeschehen zu machen. Wir vermögen aber, Unrecht auch Unrecht zu nennen und dazu beizutragen, die Erinnerung an dieses den Kollegen angetane Unrecht lebendig zu halten als Mahnung an künftige Generationen. Dies ist uns Anliegen und Verpflichtung zugleich. Mit der Verlegung der Stolpersteine wollen wir dafür ein gegenständliches Zeichen setzen, denn das Leben braucht eine Erinnerung. Mögen diese Steine viele, die hier täglich eiligen Schrittes vorübergehen, veranlassen, für einen Augenblick solchen Erinnerns innezuhalten“.



*Stolpersteine in der Eißholzstraße*

Die aus Messing gefertigten Stolpersteine sind mit Spenden der Kollegenschaft finanziert worden.



## 6. Besuch polnischer Richterinnen und Richter

In der Zeit vom 7. bis zum 11. September 2009 waren im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Kammergericht und dem Appellationengericht Krakau fünf junge Richterinnen und Richter zu Besuch in Berlin. Sie haben - betreut von einem Team deutscher Kolleginnen und Kollegen - die Gelegenheit genutzt, sich aus erster Hand bei der Präsidentin des Kammergerichts, dem Präsidenten des Landgerichts und anderen Behördenleitungen über die hiesigen Gerichtsstrukturen zu informieren. In mehreren Gerichten (Kammergericht, Amtsgericht Pankow/Weißensee, Amtsgericht Tiergarten) haben sie bei Sitzungen hospitiert und mit den beteiligten Richtern Fachgespräche geführt. Ferner haben sie ein begleitendes Kulturprogramm absolviert.

## 7. Staffellauf

Sechs Läufergruppen des Kammergerichts nahmen – teilweise unterstützt von Mitläufern befreundeter erstinstanzlicher Gerichte - am 10. Juni 2006 am 10. Berliner 5 x 5 km Team-Staffellauf teil und setzten damit eine Tradition der Vorjahre fort. Beteiligt waren die Teams „Kammerjäger“, „Senkrechstarter“, „Fristabläufer“, „Rechtskraftverstärker“, „Bella Justitia“ und „die Irreversiblen“. Die beste Staffel belegte den 287. Platz von 1.077 Teams.

## 8. Richterporträts wieder da

Zwei der über viele Jahre verschollen geglaubten und schließlich im Magazin des Märkischen Museums wieder aufgefundenen Richterporträts hängen seit Herbst 2009 im Wartebereich in der „Präsidentenwohnung“. Es handelt sich um die Bildnisse des Heinrich Gottlob von Mühler und des Wilhelm Heinrich von Grolmann. Mühler (1780 – 1857) war ab 1815 Kammergerichtsrat, später Justizminister und Geheimer Staatsminister. Grolmann (1781 - 1856) gehörte dem Kammergericht seit 1808 als Rat an und wurde nach bewegter Karriere 1827 dessen Vizepräsident.

Die Bilder stammen von Carl Joseph Begas (1794 – 1854), seit 1826 Professor an der Berliner Akademie der Künste und 1846 von Friedrich Wilhelm IV. zum preußischen Hofmaler ernannt.



*Herr Wichert (re.), Herr v. Grolmann (3. v. re.)*

## 9. Forum Recht und Kultur

Das Forum Recht und Kultur im Kammergericht e.V. hat außer dem bereits erwähnten Kammerkonzert drei öffentliche Vorträge veranstaltet:

- § Am 26. Februar 2009 referierte Frau Robin Hodess, Ph. D, Director of Policy & Research at Transparency International in Berlin, über "Korruption in der Justiz – Risiken und Lösungen".
- § Im Gebäude des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg und in Zusammenarbeit mit dessen Präsidenten las am 24. März 2009 Pascale Hugues aus ihrem Roman „Marthe und Mathilde“.
- § Gegenstand des Referates von Prof. Dr. Christiaan Frederik Rüter am 3. September 2009 im Plenarsaal war das Thema „Das Gleiche – aber anders. Die Ahndung von NS-Gewaltverbrechen in der Bundesrepublik und in der DDR“.

## 10. Adventssingen

Der Brauch des Adventssingens im Gericht, in früheren Jahren gepflegt von einer Schule aus der Nachbarschaft des Gebäudes in der Witzlebenstraße, wird seit einiger Zeit von Schülerinnen und Schülern der Franziskus-Schule am Winterfeldplatz fortgeführt. Eine Neuerung im Jahr 2009: Erstmals trat unter der Leitung der Musiklehrerin Frau Hofbauer ein richtiger Chor mit einem eigenen Programm auf, die „Franziskus Voices“. Neben dem großen Tannenbaum in der Rotunde präsentierte der Chor nicht nur Weihnachtslieder, sondern auch Stücke von Abba, Michael Jackson und Emiliana Torrini. Großer Beifall der Zuhörerinnen und Zuhörer aus dem Gericht in der stimmungsvoll beleuchteten Eingangshalle.



*Adventssingen in der Rotunde*

## IV. Gerichtsprofil in Zahlen

## 1. Personal des Kammergerichts

## a. Richterinnen und Richter

		2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt		122	122	130	133	135
	Frauen	48	46	51	48	56
	Männer	74	76	79	85	79

## b. Nichtrichterliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

		2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt		299	294	291	275	293
	Frauen	222	214	214	201	212
	Männer	77	80	77	74	81
Aufschlüsselung im Einzelnen:						
Höherer D. gesamt		2	4	4	4	4
	Frauen	1	1	1	1	1
	Männer	1	3	3	3	3
Gehobener D. gesamt		96	97	98	100	100
	Frauen	61	61	62	62	61
	Männer	35	36	36	38	39
Mittlerer D. gesamt		173	166	167	147	161
	Frauen	152	145	147	131	143
	Männer	21	21	20	16	18
Einfacher D. gesamt		28	27	22	24	28
	Frauen	8	7	4	7	7
	Männer	20	20	18	17	21

## 2. Verfahren

## a. Zivilrechtliche Berufungsverfahren

	2005	2006	2007	2008	2009
Bestand:	3621	3605	3586	3509	3513
Eingänge:	3852	3968	3820	3867	3798
Erledigungen:	3986	4008	3857	3954	3801

## b. Zivilrechtliche Beschwerdeverfahren

	2005	2006	2007	2008	2009
Eingänge:	2685	2802	2921	3023	2754

## c. Familienrechtliche Berufungsverfahren

	2005	2006	2007	2008	2009
Bestand:	522	518	555	604	585
Eingänge:	1.180	1.043	996	988	959
Erledigungen:	1.237	1.056	964	940	982

## d. Familienrechtliche Beschwerdeverfahren

	2005	2006	2007	2008	2009
Eingänge:	1.574	1.621	1.667	1.575	1458

## e. Strafrechtliche Revisionsverfahren

	2005	2006	2007	2008	2009
Bestand:	79	77	79	44	56
Eingänge:	411	425	482	447	468
Erledigungen:	421	427	480	482	456

## f. Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

	2005	2006	2007	2008	2009
Eingänge:	267	267	278	319	348



## g. Veröffentlichte Entscheidungen

Die Rechtsprechung des Kammergerichts wird in der Öffentlichkeit und der Fachöffentlichkeit deutlich wahrgenommen. Für das Jahr 2009 weist die juristische Datenbank Juris 394 veröffentlichte Entscheidungen des Kammergerichts in Zivil- und Strafsachen aus (Stand: März 2010). Auf jede Richterin und jeden Richter des Kammergerichts entfallen rechnerisch damit knapp drei veröffentlichte Urteile oder Beschlüsse.

## 3. Neu eingestellte Proberichterinnen und Proberichter

		2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt		29	41	40	85	74
	Frauen	21	21	21	49	47
	Männer	8	20	19	36	27

## 4. Haushalt

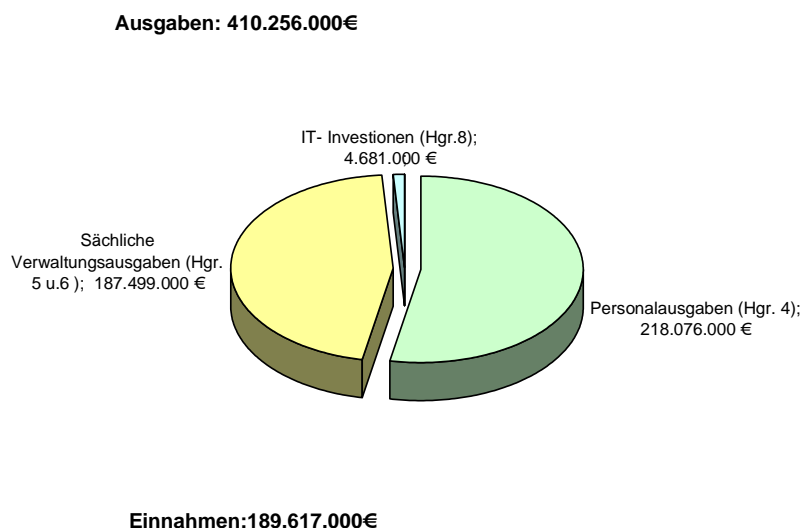
Der Haushalt der ordentlichen Gerichtsbarkeit hat ein Gesamtvolumen von ca. 410 Mio. €. Etwa 53% hiervon (218 Mio. €) entfallen auf die Personalkosten und etwa 46% (187,5 Mio. €) auf die sächlichen Verwaltungsausgaben. 4,68 Mio. € betreffen Investitionen im IT-Bereich (Abb. 1).

Von den sächlichen Verwaltungsausgaben in Höhe von 187,5 Mio. € beziehen sich ca. 115 Mio. € (61%) auf die Auslagen in Rechtssachen (Abb. 2). Das sind diejenigen Kosten, die im Rahmen der Rechtsprechung durch die Inanspruchnahme Dritter (Sachverständige, Zeugen, Betreuer, Pflichtverteidiger usw.) entstehen. Die Auslagen in Rechtssachen haben sich in den Jahren von 2000 bis 2006 ausgehend von etwa 61 Mio. € fast verdoppelt (Abb. 3). Hierzu beigetragen haben neben erhöhten Fallzahlen insbesondere Gesetzesänderungen, die beispielsweise eine Erhöhung der Betreuern und Pflichtverteidigern zustehenden Vergütung bewirkten. Die an Berufs- und ehrenamtliche Betreuer ausbezahlten Vergütungen haben sich seit dem Jahr 2000 von rund 13 Mio. € auf nunmehr über 43 Mio. € erhöht (Abb. 4). Weit mehr als die Hälfte der Auslagen in Rechtssachen betrifft Sozialausgaben, die lediglich *aus Anlass* der Rechtspflege entstehen (Betreuervergütungen, Prozesskosten- und Beratungshilfe), tatsächlich aber auf der finanziellen Bedürftigkeit der Rechtssuchenden und Verfahrensbeteiligten beruhen.

Die Einnahmen der ordentlichen Gerichtsbarkeit beliefen sich im Jahr 2009 auf rund 189,6 Mio. €. Der Grad der „Refinanzierung“ oder „Kostendeckung“ aus Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen u. ä. beträgt damit etwa 46%. Die Justizeinnahmen fließen, dem kameralistischen Grundsatz der Gesamtdeckung (§ 8 LHO) folgend, dem Gesamthaushalt des Landes Berlin zu.

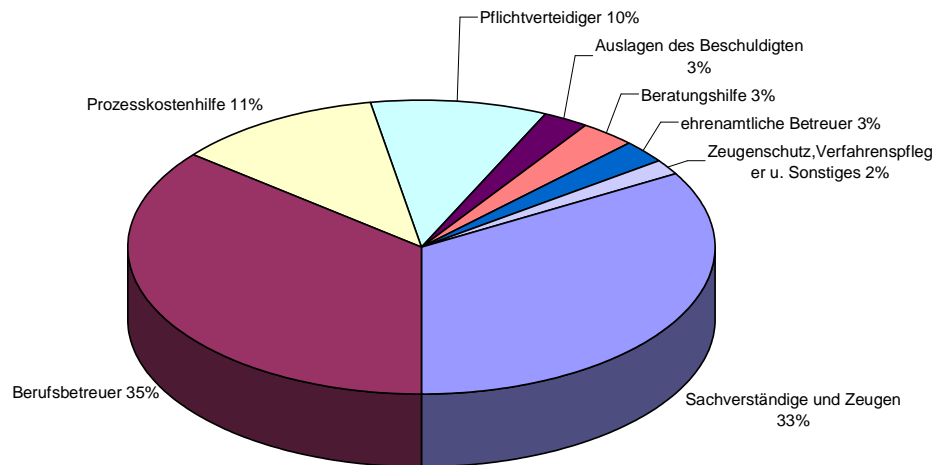
Als Folge der im Jahr 2005 umgesetzten Justizreform ergibt sich im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit die Besonderheit, dass neben dem Kammergericht auch alle elf Amtsgerichte und das Landgericht selbständige Haushaltskapitel bilden. *Dezentralisierung von Fach- und Ressourcenkompetenz* bedeutet hier, dass jedes Gericht über einen eigenen Haushalt verfügt. Demzufolge obliegt es auch jedem Gericht, als belastbare Grundlage der Haushaltsplananmeldung eine gesicherte Aufgaben- und Ressourcenplanung vorzunehmen. Dem Kammergericht kommen hier als Mittelbehörde insbesondere beratende und koordinierende Aufgaben zu. Zu den wenigen Haushaltsangelegenheiten, die auch weiterhin im Kammergericht zentral geplant und bewirtschaftet werden, zählt der IT-Haushalt. Er hat ein Volumen von ca. 13 Mio. €, von dem gut acht Mio. € den IT-Betrieb und die Telekommunikation sowie rund 4,7 Mio. € IT-Investitionen – insbesondere für die vielfältige Landschaft der Justiz-Fachverfahren – betreffen.

**Abb.1: Der Haushalt der ordentlichen Gerichtsbarkeit 2009**

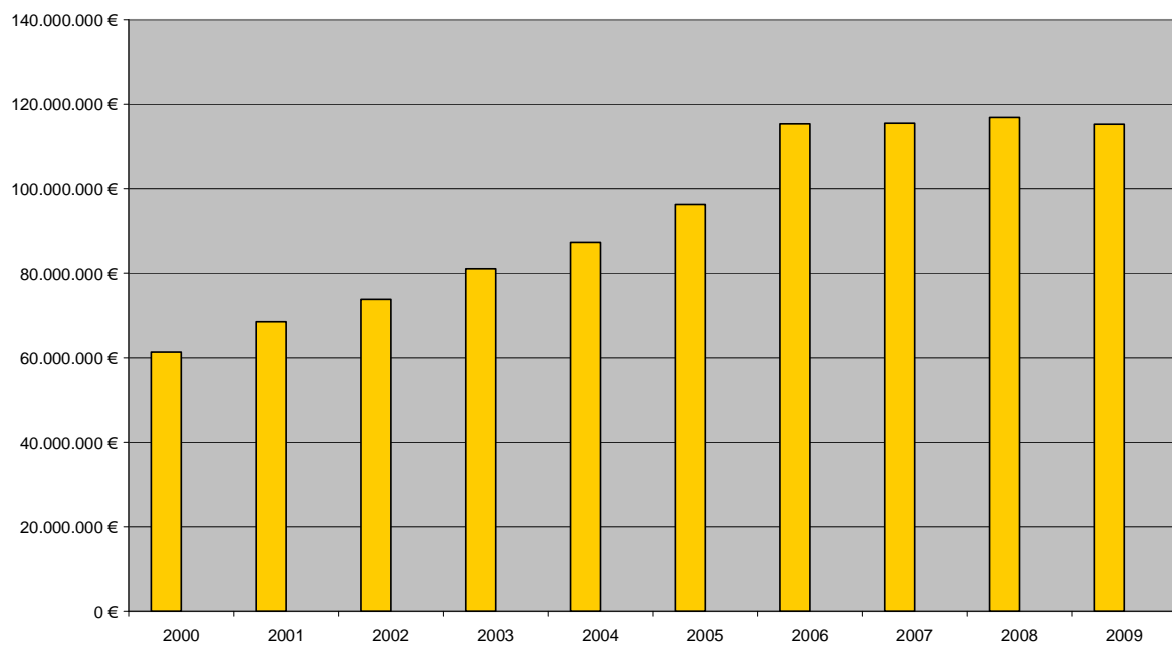


**Abb. 2: Auslagen in Rechtssachen 2009**

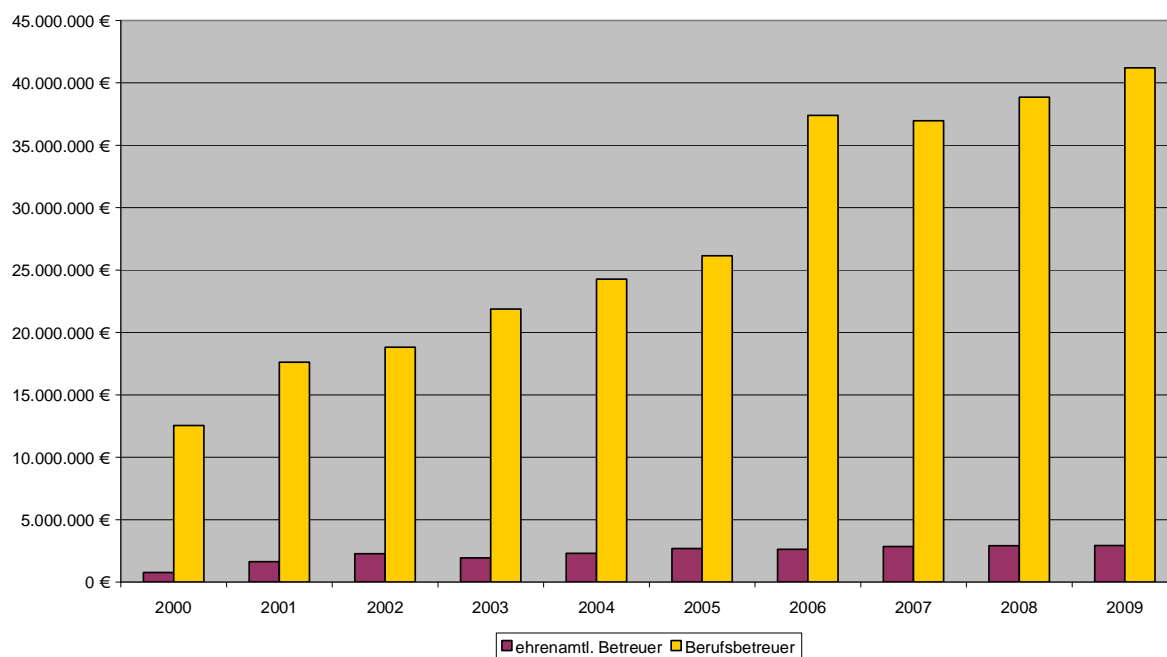
Gesamtvolumen 115.294.000 €



**Abb. 3: Entwicklung der Auslagen in Rechtssachen 2000 - 2009**



**Abb. 4: Betreuungskosten 2000- 2009**



## V. Impressum

Herausgeberin und Verantwortliche  
im Sinne des Pressegesetzes

Die Präsidentin des Kammergerichts

Postanschrift

Die Präsidentin des Kammergerichts  
Eißholzstraße 30-33  
10781 Berlin

Telefon

+ 49 (0)30 9015-0 (Zentrale)

Telefax

+ 49 (0)30 9015-2200

e-Mail

[verwaltung@kg.berlin.de](mailto:verwaltung@kg.berlin.de)

Internet

[www.berlin.de/kg](http://www.berlin.de/kg)

Fotos

U. Domke, M. Mährdel, D. Dittner, ETA-Hoffmann-  
Kammerorchester, U. Wimmer



*Deckenornament in der Präsidentenwohnung*